

FDP im Römer

## **AMT FÜR BAUEN UND IMMOBILIEN ENDLICH ZU EINER EFFIZIENTEN EINHEIT FORMEN!**

27.05.2020

---

Der erkennbar nach wie vor nicht abgeschlossene Restrukturierungsprozess des vor zweieinhalb Jahren aus städtischen Vorgängerorganisationen neugegründeten Amtes für Bauen und Immobilien ist nach Ansicht von [Elke Tafel-Stein](#), planungspolitische Sprecherin der FDP Römerfraktion, äußerst ärgerlich. Diese Situation ist einer effizienten Umsetzung der wichtigen Aufgaben des Amtes abträglich. Der verantwortliche Dezernent habe es offensichtlich bisher nicht geschafft, aus alten Strukturen eine neue, schlagkräftige Einheit zu formen. Dass Dezernent Schneider seinen damaligen Wunschkandidaten für den Amtsleiterposten dem Vernehmen nach mittlerweile freigestellt hat, sei trauriger Beleg für die Querelen innerhalb des Amtes.

Tafel Stein: „Die FDP hat die Ämterfusion seinerzeit ausdrücklich unterstützt. Die Synergiepotentiale aus der Zusammenführung bislang parallel und nicht selten in Konkurrenz zueinander agierenden Verwaltungseinheiten erschienen vielversprechend. Von Anfang an war aber auch klar, dass offene Stellen und insbesondere Leitungspositionen kompetent besetzt sein müssen, um den Transformationsprozess erfolgreich voranzutreiben. Der Bau von Kitas und Schulen konnte durchaus beschleunigt werden. Allerdings wurde das weitere wichtige Ziel, die Reduzierung der Baukosten, bisher nicht in gewünschtem Maße erreicht. Zudem erscheint der Bereich der Bauunterhaltung weiterhin vernachlässigt zu werden. Das ABI hat insgesamt die Erwartungen nicht erfüllt. Das alles ist nach über zwei Jahren des Bestehens des neuen Amtes enttäuschend. Die Verantwortung dafür liegt eindeutig beim zuständigen Dezernenten Schneider. Wir erwarten von Dezernent Schneider, dass er die Personalquerelen bei Führungspositionen umgehend beendet und den Umstrukturierungsprozess zügig vollendet. Sollte er als verantwortlicher Dezernent mit den verschiedenen ihm zugeordneten Aufgaben überfordert sein, muss er entlastet

werden und es muss eine Umverteilung innerhalb des Magistrates geben“.